

Editorial

Am 1. Oktober 2009 wurde nach mehr als dreijähriger Planung im Rahmen der sogenannten Exzellenzinitiative das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) als Zusammenschluss der Universität und des Forschungszentrums Karlsruhe in Gestalt einer Körperschaft öffentlichen Rechts konstituiert.

Für das Forschungszentrum gilt seit Gründung ein Militärforschungsverbot in Form der Zivilklausel „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Von Beginn an gibt es die Bestrebung, diese Klausel auf die Universität zu übertragen, mit der eine völlige Verschmelzung in Lehre und Forschung angestrebt wird.

Entgegen dieser gut begründeten und breit unterstützten Forderung setzte die baden-württembergische Landesregierung, die Zivilklauseln grundsätzlich ablehnt, im KIT-Gesetz eine Teilzivilklausel durch, die der Universitätsforschung völlige Freiheit für Militärforschung erhält.

Diese Regelung führt wegen der geplanten Verschmelzung zur Aushöhlung und Abschaffung der für den Großforschungsteil geltenden Klausel. Internationale Warnungen davor, dass damit erstmals nach der Überwindung der Nazibarbarei deutsche Kernforschung und Waffenforschung unter einem Dach angesiedelt wurden, sind damit in den Wind geschlagen worden.

Zeichen der Hoffnung haben im letzten Jahr Studierende von Universitäten gesetzt. Im Januar votierte eine Mehrheit der in einer Urabstimmung befragten Studierenden der Universität Karlsruhe, der größten von der Fusion betroffenen Gruppe, für eine einheitliche Zivilklausel. Im Dezember beschloss der Senat der Universität Tübingen auf Initiative der für bessere Bildung streikenden Studierenden eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen.“

Das alles macht Mut, die Bemühungen für diese gerechte Sache des Friedens mit neuem Elan fortzusetzen. Vertreter von Gewerkschaften, Studierenden und der Friedensbewegung haben gefordert, diesem Beispiel zu folgen und die Klausel in die Grundordnung der Universität Karlsruhe zu übernehmen.

Die im Zuge der Kampagne für eine Zivilklausel gebildete „Initiative gegen Militärforschung an Universtätäten“ wird weiter für Zivilklauseln arbeiten und dafür demokratische Unruhe verbreiten.

3.2.2010 Kontakt: Dietrich.Schulze@gmx.de

„Du Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“ (Wolfgang Borchert, 1947)



Superuni auf Kriegspfad

Teil II

Starker Impuls für KIT Zivilklausel

Karlsruhe Institute of Technology

Uni Tübingen hat eine!



Gewerkschaftliche
Studierendengruppe
Karlsruhe



V.i.S.d.P.:

ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald, Rüppurrer Str. 1a,
76137 Karlsruhe • GSKa c/o UStA, 76131 Karlsruhe